

Die Halle vierteljährlich bei postmöglicher  
Anzahlung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., einschließlich Postgebühren.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter 'Sozialer Zeitung' eingetragen.  
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
'Sozial-Bl.' gestattet.

Verantwortl. der Redaktion Nr. 1140:  
Dr. Augustin Rühlert Nr. 170; der  
Wohnungsverwaltung Nr. 1133.

Sechzehnundvierzigster Jahrgang.

weder die Gekaufene Kolonialgüter  
oder deren Raum mit 30 Pfg., solche  
aus Halle mit 20 Pfg., berechnet und in  
unseren Monatsheften und allen  
Konten nachrechnen angemessen  
Kontanten die Seite 75 Pfg. für Halle,  
sonstwärts 1 M.

Ercheint täglich einmal,  
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle:  
Halle, Gr. Saubornstraße 17  
Neuburgstraße: Markt 24.

Nr. 27.

Halle a. S., Freitag, den 17. Januar.

1913.

**Mb. Deutscher Reichstag.**

92. Sitzung, Donnerstag, den 16. Januar 1913.

Am Bundesratsstich: Dr. Debrück, Kühn.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

**Etat des Reichsamts des Innern.**

(Weiter Tag.)

**Hg. Dr. Saegy (Erfasser):**

Die Angriffe, die hier gegen meine Freunde laut geworden  
sind, nöthigen mich, die Stellungnahme meiner persönlichen Freunde  
zu den Konferenzvorträgen, die Herr Hg. Wetters auf Ein-  
ladung in Frankfurt gehalten hat, hier herzutragen. Die Be-  
richte darüber haben in der deutschen Presse eine große Aufregung  
herbeigeführt, und diese Aufregung ist auch in den Äußerungen  
verschiedener Abgeordneter zum Ausdruck gekommen. Der Hg. Müller-  
Meinungen besonders glaubt die Vorträge des Wetters der  
Zentrumsfraktion des Reichstags zur Last zu legen. Aber die  
Verhältnisse sind, wie ich Wetters der Zentrumsfraktion des  
Reichstags nicht angedeutet. Aber die Rede Wetters ist gegen  
oder auf die Reichsämter des Reichsamt des Innern. Herr  
Fischer v. Camp hätte warten können mit seinem Urteil, bis das  
der Fall war. Ich meine, daß über dergleichen Dinge, wie sie  
Wetters in seinen Vorträgen gesagt haben soll, erst zweifelslos  
authentisches Material vorliegen mußte.

Ich und meine Freunde sind dem Standpunkt, daß den  
einzelnen Abgeordneten die Aufgabe zufällt, in dem  
gemeinsamen Verhältnis zu diesen Dingen und in Frank-  
reich zu beschreiben zu wirken. (Lachen.) Die Vorträge  
meiner Parteifreunde, die über die Verhältnisse und Stimmungen  
in Elsaß-Lothringen aufklären, können in Frankreich nach jeder  
Richtung günstig wirken. (Ironische Zustimmung.) So sehr die  
Stimmungen bei uns im Lande auch den Erwartungen des  
deutschen Reichstags nicht entsprechen können, so sind sie doch andererseits  
geeignet, bestimmte Hoffnungen der Gegenseite herabzumindern.  
Die Erfahrung kann in dieser Hinsicht unterrichten, wie die Dinge  
in Elsaß-Lothringen liegen. Es ist nicht ganz unwichtig hier  
festzustellen, daß schon ein anderer Abgeordneter unserer Fraktion  
Dellor vor etwa acht Jahren, als er bei einer einflussreichen  
Wahlkommission für Elsaß-Lothringen gehalten wurde, von dem  
Reichsamt des Innern gefangen genommen und eine Aus-  
weisung angeordnet erhielt. Das geschah allerdings, weil  
sein Vortrag den Wählern, die damals regierten, vom Mini-  
sterium Combes nicht in den Stam passten. Er ist in den letzten  
Wochen wurde die Ausweisung Tellors zurückgenommen.

Die Stimmung in Elsaß-Lothringen können bei politischen  
Gegnern unendlich verschieden werden. Sollten wirklich die  
Vorträge auf französischem Boden die Wähler stark aufschrecken,  
dann würde ich, und mit mir meine Parteifreunde, darüber  
sehr lebhaftes Bedauern ausdrücken. (Gelächter.) Von der-  
gleichen Dingen will bei uns niemand etwas wissen. Die Sen-  
sation, die dadurch hervorgerufen wurde, läßt es allerdings als  
wünschenswert erscheinen, daß die Vorträge lieber nicht gehalten  
werden müßten. Das haben die Wähler unserer Partei schon um-  
umwunden gesehene und wir sind auch dieser Ansicht. Tat-  
sächlich hat auch der Kollege Wetters selbst seine Vortragsnotizen  
abgegeben und hat seinen Vortrag von einem Bekannten vor-  
lesen lassen. In der Presse wurde nun unterstellt, er habe das  
getan, weil er befürchtete, sonst sei seiner Würde  
nach zu wünschen, in Elsaß-Lothringen hätte er sich  
abhalten, des Vortrags trotz seiner Immunität verheißt zu  
werden. Wenn ich auch annehme, daß die Staatsanwälte in  
Elsaß-Lothringen nicht so sehr zugegriffen hätten. Aber jeden-  
falls kann ich diese Unterstellung zurückweisen und erklären, daß  
er die Vortragsnotizen abgeben hat, weil ihm die  
unermüdet eingetragene Sensation nicht so  
war. (Lachen und Gelächter redlich und bei Weitem.)

Uebrigens haben die französischen Wähler von dem Vortrag  
Wetters nur ganz nebenher Notiz genommen. Erst der „Matin“  
hat einen sensationellen Stupor für sich befunden. Aber die Dar-  
stellung des „Matin“ stimmt mit den Tatsachen nicht überein.  
Es wurde so dargestellt, daß Herr Wetters am Schluß seines  
Vortrags gesagt hätte, daß er sich nicht für die Freiheit  
freier Presse in der Erhaltung der Freiheit  
gemacht und hoffen noch weitere Fortschritte zu  
machen. Der „Matin“ fügt hinzu, der Appell nach diesen  
Worten habe sinngemäß ergänzt, was Wetters damit gemeint  
hat. Ich kann aber feststellen, daß Wetters dergleichen nicht  
gesagt hat. Man kann es sich im Elsaß nicht denken, wenn wir  
die auf 200-jährigen Gemeindefest feiernden Familien- und ge-  
sellschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten wollen. Und ich darf  
darauf hinweisen, daß ähnliche Beziehungen wie die einer Ver-  
einigung zwischen Deutschland und England auch bei uns im  
Gange sind. Elsaß kann und will das wirkliche Binde-  
glied einer freundschaftlichen Eintracht sein, in welcher die end-  
gültige Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte.

Ich und meine Freunde bedauern es auf das lebhafteste, daß  
die sogenannte eifrige Presse immer wieder als großes  
des Weipens am Friedensstimmelauftritt. Wir  
meinen, daß der Krieg von 1870 der letzte gewesen sein sollte, der  
die glücklichen Verhältnisse unteres Heimatlandes getränkt hat mit  
dem Blut anderer Völker. Wir können nicht anders, als  
mit einander in eben friedlichen Beziehungen zu arbeiten an dem  
Fortschritt der Zivilisation. Wir können von uns persönlich  
sagen, daß alle friedensfördernden Tendenzen bei  
uns auf stärkste Ablehnung stoßen. Ich hoffe, daß die Herren hier  
in Halle trotz dieser nicht selbstbegreiflichen Ereignissen der  
Vorträge des Kollegen Wetters nicht zu benehmen werden.  
Sie werden doch nicht gewisse Beamtenkreise im Elsaß nachsehen  
wollen, die in Aufregung geraten, wenn einmal bei einem Zu-  
sammenstoß die Mitglieder stürmisch begrüßt werden. Das  
wird doch der maßvolle Bau des Deutschen  
Reichs seine Festigung erfahren. Ob für Herrn  
Wetters in Zukunft noch ein Platz im Deutschen  
Reichstag sein wird, das muß Herr v. Camp den Wählern  
des Wahlkreises Mappeltweiler überlassen. Uebrigens kann Herr  
v. Camp oder einer seiner Freunde künftig dort kandidieren,  
die Wahl ist frei. Anfangen möchte ich nur, daß doch auch ein  
Vereinsmitglied in anderer Partei die Ver-  
tretung einer deutschen Zeitung über-  
nehmen hat. Ertragen hat er sich im Deutschen Reichs-  
tag. Unsere Opposition gegen die Regierung hat mit irgend  
welchen Sympathien für unser Nachbarland nichts zu tun. Diese  
Opposition ist begründet durch die Mängel der Regierung, auf  
die Seite des Gegners zu stehen. Wir fühlen uns davon abge-  
stoßen und erklären darin ein System der Restriktion unserer  
Partei.

Der Redner kommt dann auf die kurze Anfrage des Hg. Dr.  
Müller-Meinungen über die Straßburger Universitätsverhältnisse  
zu sprechen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam ge-  
macht, daß dies nicht zum Gegenstand der Tagesordnung gehöre.  
Die Anregungen zur Weiterführung der Sozialpolitik unterliegen  
wie auch die beschlossene. Es besteht die Gefahr, daß das Reichs-  
land jetzt von anderen Ländern überholen soll. Es ist in Frank-  
reich die Altersgrenze für die staatliche Versicherung auf 60 Jahre  
festgesetzt. Wir uns aber ist dafür kein Geld vorhanden. Der  
Redner wendet sich dann der Frage des Reichsausschusses zu und  
schließt:

Die Versicherung stelle ich fest, daß der Staatssekretär sich im  
Elsaß-Lothringen persönlich vom Stand der Dinge überzeugt hat.  
Wäre sich die Berliner Regierung auch sonst ihre Informa-  
tionen selbst holen und sich nicht auf eine gewisse Presse  
berufen.

**Hg. Hach (Soz.):**

Gäbe die Zentrumsfraktion nicht so oft verlangt, so  
hätten wir in der Sozialpolitik schon viele erreicht. An der  
letzten Frage wird nur noch herumgeflackert. Der Antrag der  
Gegensätze ist in die Substanz von Milliarden gegangen, das ist  
die vollkommenste Ausnutzung des arbeitenden Volkes.  
Substanz von Millionen werden aus der Arbeit der Massen ge-  
gen. Der Mittelstand wird aufgegeben und kommt in die Ab-  
hängigkeit des Großkapitals. Wenn man den Leuten vorredet, man  
sollne ihnen nach helfen, belügt man sie. Nicht zweifelslos  
soll man dem Stützpunkt des Großkapitals in den Weg spannen,  
sondern die Entlohnung weiterführen zum sozialistischen  
Staat. Die Nationalität hat den Betrieb der Landwirtschaft mehr  
betrieben, als die Einnahmen gewachsen sind. Die Abnahme  
der Bevölkerung beruht auf der Mollate eines großen Teils  
des Volkes. Und bei diesen Zuständen unternehmen die Konfer-  
renten einen energiegelassen Vorstoß gegen die Grundbesitzer der Ar-  
beiter, um sie zu freieren und mehr als dem Großkapital  
zu Gunsten. Jeder sieht, daß der Sozialismus mit seinem Vor-  
stoß nicht allein. Auch der Staatssekretär Dr. Debrück hat eine  
eigene Stellung dazu eingenommen. Er hat die Rede des  
Großen Weipars als eine Entlohnung angesehen. Ich glaube, mit  
dieser Rede hat er den Verfassungsnachweis dafür erbracht, auch  
an höheren Stellen, etwa als preussischer Justizminister. Die  
Gesellschaft der Sozialisten als so herkommen.  
Der Streit im Ruhrgebiet wurde einer Arbeiter mit ihrem  
Eingangs im Gefängnis gefesselt, weil sie einem Arbeiter  
Streikbrecher und Fuß spüreren hatte. Ein Arbeiter  
Rechtszustand ist eine Schmach und Schande. Die Ent-  
richtung über den Terrorismus der Arbeiter ist nur eine schamlose  
Klondike. Die Arbeiter werden einen viel schlimmeren Terror-  
ismus. Die Konventionen und heute immer mehr zu einer  
Eilbrennturpe des Großkapitals geboren. Der  
Staatssekretär Debrück hat sich in der Budgetkommission bitter  
dafür bedauert, wie er in seinen sozialpolitischen Verbrechen  
immer von Reue gekemmt würde. Als auf Antrag des Hg.  
Debrück diese Erklärung dann zu Protokoll genommen werden  
sollte, hat er sie allerdings wieder abgelehnt. Die Mittel-  
lung des Materials des Hg. Rühlert, die mir zur Zeit der  
Kommissionssitzung noch garnicht bekannt war, gibt eine inter-  
essante Illustration dazu, wie sehr der Staatssekretär  
eine untergeordnete Behörde des preussischen Mi-  
nisteriums ist. Die nächsten preussischen Kandidaten müssen  
das deutsche Reich als preussischer Unterherr-  
schaft betreiben. (Beifall bei den Soz.)

**Staatssekretär des Innern Dr. Debrück:**

Ich muß mich gegen die Ausführungen des Vorredners  
wenden, daß ich meine Bemerkungen in der Budgetkommission  
die ich auf Wunsch eines preussischen Reichstagsabgeordneten  
gelesen habe, wesentlich abgemildert hätte. Ich habe auch den mi-  
seren der Budgetkommission gemachten Vorkerkulungen in den  
maßgebenden Stellen nicht geteilt. (Zuruf des Hg. Hach.)  
Es ist ja möglich, daß ich den Hg. noch missverstanden habe und  
ich stelle hier nur fest, daß ich an dem mir vom Bureau des Reichs-  
tags gemachten Protokollentwurf nicht geändert habe. Ich habe  
auch nicht in dem Hg. Hach eine Unterbrechung in der  
Freiheit gemacht werden darf. Ich habe mich gefreut, daß ich  
lediglich darauf hinweisen wollen, daß die Festigung  
eines Gesetzentwurfes im Deutschen Reich auf Grund  
seiner eigenartigen staatsrechtlichen Struktur immer auf  
große Schwierigkeiten stößt.

Der Herr Redner des Hg. Göttsch in der Berliner  
Tageliste: Reichsämter und preussische Staatsministerien  
nötigt mich, auf diese Dinge einzugehen. Im Bundesrat kann  
jede der Regierungen durch ihren Bevollmächtigten Anträge  
stellen. Damit ist auch Herr Göttsch einverstanden. Der normale  
Weg und die ursprüngliche Entwicklung geht dahin, daß mit  
Hilfsleistung, daß Preußen der führende Bundesstaat ist, daß  
der Vorherrschende des Bundesrats gleichzeitig preussischer Be-  
vollmächtigter und Ministerpräsident ist, seine Anträge unter der  
Form preussischer Anträge gehen, ebenso wie bayerische,  
mittelbayerische unter dem Namen ihrer Regierungen. Tatsäch-  
lich hat sich nun aber nicht der Form, aber der Sache nach eine  
Veränderung eingetreten. Die Anträge sind nicht mehr verbunden  
mit dem Vorgesetzten, sondern durch die Stellvertretungsregeln  
des Reichstages ein ständiger Stellvertreter mit Ministerverant-  
wortlichkeit auf Seite gestellt wurde.  
Tatsächlich ist durch dieses Gesetz der Reichstager entlastet  
worden, nicht nur hinsichtlich der Arbeit, sondern auch der Ver-  
antwortung. Die Anträge sind nicht mehr verbunden mit dem  
Vorgesetzten, sondern durch die Stellvertretungsregeln in jeder  
Gelegenheit ihrer Beförderung die volle Verantwortlichkeit in jeder  
Beziehung zu tragen haben. Daraus ergibt sich ferner, daß die  
Vorlagen, die früher in den zuständigen preussischen Ministerien  
ausgearbeitet wurden, heute in der Regel in den betreffenden  
Reichsämtern ausgearbeitet werden. Bei diesen staatsrechtlichen  
Verhältnissen können die Anträge an den Reichstag nicht anders  
kommen, als durch einen Stellvertreter, der die Anträge in der  
Form der Reichstagsanträge einbringt. Dieser Stellvertreter hat im Bundes-  
rat seine Anträge zu stellen, sondern als preussischer Vertreter  
formell. Tatsächlich aber werden in zahlreichen Fällen so ge-  
nannte Präsidialvorlagen eingebracht, das heißt,  
Vorlagen des Reichstages durch die einzelnen Ressorts. Diese  
sozialistischen Präsidialvorlagen können von uns, die wir preussische  
Bevollmächtigten sind, nicht eingebracht werden, weil nicht der  
Zustimmung des preussischen Staatsministeriums fähig sind, das  
verantwortlich ist für die Instruktion seiner Stimmen im Bundes-  
rat. Daraus ergeben sich zwei Wege; entweder wird auf Antrag  
Preußens ein preussischer Entwurf eingebracht oder eine Präsidial-  
vorlage, das heißt, die Vorlage wird in dem betreffenden Reichs-  
amt ausgearbeitet, das kann nicht durch Verhandlungen mit dem  
zuständigen preussischen Ressort geschehen, daß dies damit ein-  
verstanden ist. Es wird die Ermächtigung des Kaisers eingebracht.

Der nachfolgende Bericht sein Einverständnis mit dem preu-  
ßischen Ministerium erklärt.

Einen anderen Weg gibt es nicht; in dem einen wie dem  
anderen Fall aber ist die Reichsleitung genötigt, die Zustim-  
mung Preußens beizubringen. Diese staatsrechtliche Ver-  
hältnisse sind nach Lage der Verfassung nicht auszuweichen und  
sollen auch dort beibehalten werden. (Zuruf bei den Soz.) Das  
deutsche Reich ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß Preußen  
der führenden Bundesstaat ist und daraus ergibt sich ohne  
weiteres, daß die preussische Politik und die Poli-  
tik des Reichs nach einheitlichen Gesichtspunkten  
sich entwickeln müssen. Die preussische Politik wird werden  
soll. (Anrufe bei den Soz., Zuruf: Was ist das?) Das Gegen-  
teil würde die staatsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reichs  
beilegen. (Erneute Anrufe und Zurufe.) Auf dem Boden des  
Bundesstaates ist das Deutsche Reich aufgebaut. Darin, daß die  
Rechte der einzelnen Bundesstaaten nicht beeinträchtigt werden,  
liegt die verfassungsmäßige Garantie für die Einzelstaaten. Die  
Beobachtung auf das Reichrecht ist also vollkommen unabweisbar.

In beiden Fällen ist aber die Zustimmung der Mitglieder  
des Bundesrates erforderlich. Die ist nur möglich, nachdem die  
Bevollmächtigten von ihren Regierungen informiert waren. Die  
Regierungen prüfen die Vorlagen im Hinblick auf die besonderen  
Verhältnisse der Einzelstaaten, auf ihre besonderen wirtschaftlichen  
und politischen Verhältnisse. Auch das ist nötig. Die Art  
gerade dem Reich nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen.  
Denn die sorgfältige Mitarbeit aller Bundes-  
staaten gibt die Garantie, daß die Verhältnisse der  
Interessen im weiten Deutschen Reich berücksichtigt werden  
auf ihre Rechnung kommen können. Wenn die Einzelstaaten  
nicht zu rühren. Die Kompromisse aller Faktoren bringt gewiß  
große Schwierigkeiten und bringt gewiß manche Schäden mit  
sich. Schon Herr Bismarck hat sich darüber bitter beklagt, aber  
er ist nie auf den Gedanken gekommen, daß diese Schwierigkeiten  
etwa beiseite geräumt werden könnten durch eine Änderung der Ver-  
fassung hinsichtlich der überörtlichen Einrichtungen des Reichs. Das  
muß uns über allen Zweifeln feststellen.

Der Hg. Hach hat Frage gestellt über die Kompliziertheit  
unserer Arbeitergesetzgebung. Ein ähnlicher  
Vorwurf, der von der Arbeitgeberseite weiter getragen wurde,  
ist fast gleichgültig von ganz anderer Seite erhoben worden, in  
einer Broschüre des Professors Wehmann. Die Arbeitergesetzgebung  
wird unter Arbeitergesetzgebung kompliziert ist  
und daß ihre Durchführung Schwierigkeiten verursacht. Das  
kommt aber nur daher, daß schon im Reichstag jede einzelne  
Partei, vor allem aber die Vertreter der Arbeiterinteressen, darauf  
besteht sind, jeden nur irgendwie möglichen Fall mit größter  
Sorgfalt zu berücksichtigen. Das heißt, daß die Gesetzgebung  
auf die Bedürfnisse der Arbeiter abgestellt ist. Die Arbeiter sind  
schwieriger aber nicht seine Anwendung. Die Schuld liegt also nicht  
an der Regierung, sondern an der eigenartigen Entwicklung  
unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Jeder hätte die den un-  
geheueren Widerstand gefunden, wenn ich, als ich  
die Reichsversicherungsordnung eine einheitliche Grundlage vor-  
schlug, nicht alle bestehenden Einrichtungen von Grund  
auf umgestürzt hätte.

Auch der Wunsch der Sozialdemokratie, die Arbeiterge-  
setze von paritätisch besetzten Organen der Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer anwenden zu lassen, ist unüberwindlich, weil die  
Sozialdemokraten ihre Ziele nicht ohne politische Weisheit und  
ohne die Tendenz die bestehende Sozialordnung auf den  
Fuß zu stellen, verfolgen. Wir können die Zustimmung nicht  
nicht eine Partei überlassen, die wenn sie auch  
heute mehr ist als noch vor 20 Jahren, doch neben  
ihren wirtschaftlichen eine Reihe von politischen Forderungen auf-  
stellt, die den Widerstand des ganzen Vaterlandes  
hervorgerufen müssen. Wir dürfen nicht Gesetz, die zum Wohl der  
Arbeiter, von politischen Forderungen ablenken. Das  
Dah das aber festhalten, denn am besten das Beispiel der  
Sicherheitskammer. Diese meiner Initiative entprungene  
Initiative war als eine rein technische gedacht. Tatsächlich aber  
haben die Sozialdemokraten eine politische Sache daraus ge-  
macht — das beweis die Wahl von Sicherheitskammern — und  
wollen die recht den Hauptpunkt des Gesetzes vornehmend  
eine Wende in diesen Ausführungen, einer Verthei-  
gung gegen die Sozialdemokratie erwidern, so antwortet  
ich Ihnen: Druck erzeugt eben Gegenruck.

Ueber die Mittelstandsfragen habe ich mich im Vor-  
jahre sehr eingehend ausgesprochen und möchte im allgemeinen auf  
die Ausführungen verweisen. Der Herr Redner hat sich nicht  
auf den Recht gegen die Regierungen den Vorwurf erhoben, sie seien  
nicht aus den Ermögungen heraus gekommen und  
können keine Taten aufweisen. Ein typisches Beispiel dafür,  
wie schwierig es ist, sozialpolitische Forderungen in die Wirk-  
lichkeit umzusetzen, ist die Frage der zwangsweisen Organisation  
der Grundbesitzer und der Forderungen der Lehrlingsausbil-  
dung.

Bei meinen wiederholten Versprechungen mit den Vertretern  
des Handwerks habe ich selbst anerkannt, daß sie den finan-  
ziellen Effekt ihrer Forderung erheblich überschätzt hätten. Man  
sinnigt sich schließlich dahin, daß die Handwerker- und Hand-  
werker-Forderungen zur Befriedigung dieser und anderer gemein-  
samer Angelegenheiten zusammenzubringen wollen. Ich freue mich  
dieser durch meine Vermittlung aufgefundenen Einigung  
und werde auch an einer gesetzlichen Regelung arbeiten, wenn sie  
ich als notwendig herausstellen sollte.

Die Forderung einer Aufhebung des § 100 a wird zwar  
oft wiederholt, ich habe aber den Eindruck, als ob die Erkenntnis  
von den Vorteilen dieses Paragraphen und von der Schwierigkeit  
seiner Aufhebung in immer weitere Kreise des Handwerks ge-  
drungen ist. Die Aufhebung des § 100 a ist ein sehr wichtiger  
Frage des § 100 a auf Wunsch der Handwerksvertreter von der  
Tagesordnung abgesetzt. (Zuruf: Hört!) Bei der späteren Kon-  
ferenz ist die Einigung nicht an dem Mangel meines guten Willens  
gescheitert, sondern daran, daß die Beteiligten sich nicht  
schließen konnten, in welcher Form das Problem gelöst  
werden könnte. Die Forderung, auf die § 100 a zu verzichten, die  
Kommissionen werden an besten durch Maßnahmen der Landes-  
zentralverbände erfüllt, wie dies in Preußen schon durch  
eine Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten geschehen ist.  
Eine rechtsgesetzliche Regelung dieser Frage kann ich  
nicht in Aussicht stellen. Die Frage, ob die Handwerksge-  
setze hinsichtlich der Organisation der Handwerker-  
vereine geändert werden können, ist ein sehr wichtiger  
Punkt, bald mit einer Vorlage zu kommen, die besonders die sehr dankens-  
werten Anregungen der Denkschrift des Handwerks- und Gewer-  
betrieblages berücksichtigt. Ich werde vorher eine Ver-  
einbarung mit den Vertretern des Handwerks verhandeln und  
dann wird auch die Frage des § 100 a noch einmal zu erörtern sein.  
Die Handwerksorganisation findet meine nächste Unterredung







# Deutsches Reich.

## Ein neues Kaligefetz angekündigt.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelt, wie schon telegraphisch gemeldet, über die Kalifrage. Von verschiedenen Seiten wurden die augenblicklichen Zustände für ganz unhaltbar erklärt, sowohl bezüglich der Propaganda als der, als auch der ganz ungeordneten Ausdehnung der Kalifabrikation unter dem Schutze des Kaligefetzes. Auch das Kalifabrikat selbst hat eine Schwärze eingebracht gegen die Verwendung der Propagandaböller durch die Verteilungskräfte des Reiches aus dem Innern. Der Unterstaatssekretär Richter verweist zunächst auf die gemaltene Abhängigkeit. In den letzten sechs Jahren sei eine Verdoppelung des Ablasses eingetreten. Dieser erfreulichen Erscheinung ständen aber sehr unannehmliche Beobachtungen gegenüber. Insbesondere die rasche Steigerung der Zahl der Werke, die bis zum 1. November 1912 auf 108 gestiegen sei, während weitere 128 Werke im Ausbau stehen, davon 37 durch Föhlung von Werken. Davon sollen bis Schluff 1913 75 v. H. feldzugsfähig werden. Man könne unmöglich daran rechnen, daß die Produktion der Steigerung der letzten Jahre auch in Zukunft noch anhalten werde, wenigstens für die Zukunft mit einer weiteren starken Steigerung gerechnet werden könne. Es sei volkswirtschaftlich schädlich, wenn eine so gewaltige Kapitalvermehrung vorgenommen werde, unter anderem auch auf die Gefahr hin, daß durch die Aufwindung von Kalilagern im Auslande eine schädliche Umwertung des deutschen Kalibestandes eintreten könnte. Eine reine Verstaatlichung wäre vielleicht ursprünglich ganz zweckmäßig gewesen, damit das Monopol des Reiches behält, der Allgemeinheit zugute komme. Allein zurzeit läßt sich das kaum mehr durchführen; einmal wegen der aufzuwendenden Summe von anderthalb bis zwei Milliarden Mark, und dann wegen der Gefahr der Entdeckung von ausländischen Lagerstätten. Manche der Schwierigkeiten, mit denen man zurzeit zu kämpfen habe, sei übrigens zurückzuführen auf die Abänderungsbeschlüsse des Reichstages beim Kaligefetz. Alle diese Verhältnisse werden zurzeit in einer Denkschrift bearbeitet, an die wohl schon ein Gesetzentwurf angehängt worden wird. Er sollte diesen Gesetzentwurf mit der Denkschrift noch im Laufe dieses Session einbringen zu können, spätestens aber zu Anfang der nächsten Session. Zurzeit sei es unmöglich, nähere Mitteilungen darüber zu machen, da weder Preußen noch der Bundesrat dazu Stellung genommen habe.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird auf eine Generaldebatte der allgemeinen Verhältnisse verzichtet, dagegen betont, daß mit der Gefahr einer ungelunden Einwirkung auf die Industrie infolge der Anfringung des Gesetzentwurfs zu rechnen sei. Die Kommission beschloß schließlich einstimmig die bereits mitgeteilte Resolution.

Unterstaatssekretär Richter äußert sich zu den Propagandagebern. Die Befandigung des wissenschaftlichen Beitrags sei nicht berechtigt. Sowohl die Regierung wie der Reichstag legen den größten Wert auf die Propaganda, die auf Grund von wissenschaftlichen Untersuchungen eine dauernde Vermehrung des Ablasses von Kali bringe. Zweckmäßig werde es wohl sein, wenn man dem Kalifabrikanten für die in der Propaganda einen erheblichen Teil der verfügbaren Summe überweise zur Verwendung nach Grundrissen, die vom Bundesrat noch aufgestellt werden sollen. Dagegen können die weitgehenden Forderungen des Sanitätsrats, insbesondere bezüglich der Ueberweisung des Reservefonds an das Sanitätsrat nicht erfüllt werden. Eine Reduzierung des Fonds für die inländische Propaganda sei nicht zweckmäßig. Man habe in Deutschland doch das größte Interesse an der Vermehrung des Ablasses in Deutschland. Die Schaffung einer vierten Ausgangsstation in Mühlhausen sei bis jetzt nicht möglich gewesen.

Sowohl von Vertretern des Zentrums wie der Fortschrittlichen Volkspartei wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß eine wesentliche Steigerung des Ablasses nur im Auslande noch erreicht werden könne, da in Deutschland eine nennenswerte Steigerung nur noch möglich wäre bei Verwendung von Kali im Forstbetriebe; hierfür seien aber die Preise zu hoch. Die verfügbaren Propagandagelder sollen für die Zukunft viel stärker verwandt werden für die Steigerung des Auslandsablasses, wo noch ein ganz gewaltiges Gebiet der Ablassfertigung vorhanden sei. Von einer Seite wurde ein Exporterz von einer Milliarde jährlich als möglich bezeichnet.

## Das Unglaubliche!

### Wetterlösliche Verteidiger.

Im Deutschen Reichstag ist gestern das Unglaubliche passiert: Von der Parlamentarströmung herab ist das Verhalten des Führers Wetterlös, der in den letzten Tagen in Frankreich herumzog, um das Deutsche Reich zu beschimpfen — von einem neugeborenen „M. d. R.“ dem Vertreter des Reichstages Schlotthardt Wbb. Dr. Höp — verteidigt worden! — Ein Stimmungsbild des „B. Z.“ gibt die traurige Szene wie folgt wieder: Herr Höp ist ein hagerer Kanakker; aber der mit allen Wägern gewohnte literale Agitator weiß auch die Krallen ein und meint, daß nicht nur das deutsche, sondern auch das französische Reich nicht erfüllt werden könne, wenn es nicht an den Konferenztischen Wetterlös seien. Diese wären sicher nicht aufstrebend gewesen, und man müßte erst ihren Wortlaut an dem Konferenztisch und gleichzeitig vorordnen, meint Herr Höp aber doch: Sollten durch die Vorträge infolge ihres Inhalts oder wegen der gegenwärtigen internationalen Gemüthsstimmung die Verhandlungen angeregt worden sein, so würden das auch Wetterlös' Freunde bedauern. Schlotthardt fängt ein und dann Dr. Höp die Aufgabes des Reichstages dahin, daß es das Bindeglied mit Frankreich werden müsse, zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Entente. Hoffentlich sei der heftigste Krieg der letzte gewesen, der die friedlichen Geistes-Verbindungen mit dem Blute zweier Völker gebüht habe, die für gemeinsame Kulturförderung prädestiniert seien. Man kann ausnahmsweise Herrn v. Camp einmal vollauf zustimmen, als er hier dem eifrigsten Kritiker zusetzt: „Das hätte Herr Wetterlös in Frankreich sagen sollen!“

Unser heutiger Parlamentsbericht enthält das weitere über diese Sitzung. — Wie uns ferner gemeldet wird, ist die Deutchen im Lande schwer beschimpfen und die nationalen Gegenstände ausfindenden Anweisungen, über die „Sprachlinge der Hungerländer, die nach dem Unglück von 1870 über das Land hergefallen sind“, das Strafrecht in den Einzelteilen werden.

## Der neue Botshafter in Rom.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist der Gesandte in Rom, Graf Freyherz v. Jenisch als Nachfolger des Staatssekretärs v. Jagow für den Botshafterposten in Rom in Aussicht genommen.

Rom, 16. Jan. Die gestern vom Deutschen Künstlerverein für den Staatssekretär v. Jagow veranstaltete Festschildefeier nahm einen sehr verzögerten Verlauf. Unter den Anwesenden befanden sich auch der preussische und bayerische Gesandte sowie Fürst Bülow. Staatssekretär v. Jagow brachte einen Trinkspruch auf den Künstlerverein aus, der der traditionellen großen Bedeutung für das Deutsche in Rom und ganz Italien stets einbezogen bleiben möge. Weiter beachtete der Staatssekretär der deutschen Kolonie in Rom und trank auf das Wohl aller in Italien lebenden Deutschen.

## Der Nachfolger des Kriegsministers.

An einer gut informierten Stelle wird als Nachfolger des Herrn v. Heeringen, der demnächst seinen Posten als Kriegsminister verläßt, der Inspekteur der preussischen Feldartillerie General Gallowitz genannt. General Gallowitz steht im 61. Lebensjahre; er hat lange Zeit im Kriegsministerium gearbeitet, hat auch im Reichstage als Vertreter des Kriegsministers wiederholt gesprochen. 1911 wurde er zum General der Artillerie und Inspekteur der preussischen Feldartillerie ernannt.

## Kleine vermischte Nachrichten.

Verurteilter Spion. London, 16. Jan. Das hiesige Kriminalgericht verurteilte den früheren Deskoffizier George Parrot wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus.

## Ausland.

### Großfürst Michael unter Vormundschaft.

Eine sehr strenge Maßregelung hat der einzige Bruder des Zaren, Großfürst Michael Alexandrowitsch, erfahren, dessen Ehemann in letzter Zeit erhebliches Aufsehen erregt hat. Er erhalten nachstehende Drahtmeldung:

Petersburg, 16. Jan. Ein heute veröffentlichtes kaiserliches Manifest enthält die Großfürstin Michael Alexandrowitsch von dem ihm durch das Manifest vom 14. August 1904 für den Fall des Ablebens des Kaisers vor dem Eintritt der Volljährigkeit des Thronfolgers auferlegten Regentpflichten. Der kaiserliche Wille legt über die Person und die Vermögensangelegenheiten des Großfürsten Michael Alexandrowitsch eine Vormundschaft des Verwalters des Kaisers ein. Die Verwaltung des Vermögens und der Immobilien des Großfürsten geht auf die Vermögensverwaltung über.

Der am 22. November 1878 geborene Großfürst Michael Alexandrowitsch ging trotz ausdrücklichen Verbots seines kaiserlichen Bruders im November 1912 eine morganatische Ehe mit der geschiedenen Frau seines Regimentserstleutnants von dem Hofier eines Kommandeurs des Chevalier-Garde-Regiments ins Innere Russlands ein. Er nahm den Namen Graf B. B. v. G. an, was nach einem gleichnamigen Gut in Russland an. Dieser Gut in wurde der Zier Gräfinin Verhulstow verlehren. Das Paar befindet sich zurzeit auf einer Winterlandsreise, von der es im Februar nach Petersburg zurückkehren gedenkt.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 17. Januar.

### Der Erinnerungstag an den Ueberfall des Sühner Korps bei Rügen.

Wie wir hören, hat sich in Halle und in Rügen ein Komitee gebildet, um die Feier des 100. Erinnerungstages an den Ueberfall des Sühner Korps bei Rügen am 17. Juni 1813 würdig zu begehen. An der Feier beteiligen sich vor allem die aus dem Sühner Korps heromergangenen preussischen Regimenter. Am 18. Juni finden militärische Feiern mit Zapfenstreich unter Vortritt einer Abteilung Sühner Reiter statt. Am 17. Juni besetzt sich ein Festzug von Rügen nach den Denkmälern Rönners und Sühners, wo Ansprachen gehalten werden. Auf der Festwiese vor dem Rönnerdenkmal finden Volksspiele und kleinere Aufführungen statt. Am Abend erlöst das Schauspiel von Kaiser Jordan-Halle: „Der Ueberfall von Rügen“ seine Aufführung. Das Festspiel wird an 8 Abenden wiederholt.

### Der Verband der Ärzte Deutschlands

erläßt folgende Erklärung: „Der vom Reichstag des Innern gemachte Versuch einer Verständigung zwischen den großen Organisationen der Kranksassen und der Ärzte ist nicht, wie vielfach behauptet wird, daran gescheitert, daß der Leipziger Verzeverband unerfüllbare Forderungen gestellt hat. Dieser Verband hat im Preussischen Ministerium ausdrücklich seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den Kranksassenverbänden erklärt und demzufolge hatte das Reichstag des Innern einen Einigungsversuch angestellt, der eine Verhandlung nur zwischen Deutschem Verzevereinsbund und Leipziger Verzeverband einerseits und den Verbänden der Orts-, Betriebs- und Innungsstellen andererseits vorschlug. Nachträglich verlangten aber die vereinigten Kranksassenverbände noch die Eingliederung des sogenannten Reichsverbandes Deutscher Ärzte, und den mußten die beiden Verzevereinsorganisationen allerdings ablehnen, weil er schon allein wegen seiner ausschließlichen Mitgliedschaft, die ausschließlich aus Ärzten bestehen wird und noch nicht einmal 100 erlähren dürfte, nicht als betrugene Vertretung der Deutschen Verzevereinsvereine anerkannt werden kann.“

### Schweinefleischungen für Halle.

Wie schon wiederholt mitgeteilt, veranstaltet zurzeit die hiesige Landwirtschaftskammer bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften unserer Provinz im Auftrage der Stadt Halle eine Umfrage, ob sie geneigt sind, auf die Dauer von fünf Jahren Schweine zum Durchschnittspreis der letzten

fünf Jahre zu liefern und wieviel Stück jährlich. Die Anfragen haben mehrfach bereits eine zugehende Antwort erfahren. So hat sich neuerdings wieder der landwirtschaftliche Verein „an der Havel“ in Dietrichstoda erbötend, jährlich 516 Schweine zu liefern.

## Verein für Naturkunde.

In der Hauptversammlung wurde der alte Vorstand wiedergewählt; da aber die Herren Mohrhardt-Rademell und Dümmling eine Wiederwahl ablehnten, wurde als 2. Schriftführer Herr Brandt und als Bisherwart Herr Feder gewählt.

Nach Erledigung des Geschäftlichen sprach Herr W. Schumann über Brauntoblerprodukte, insbesondere Paraffin, Kerzenherstellung und Delgas. Von der Verhinderung der Brauntoblerprodukte wurde eine Reihe dieser Industrieerzeugnisse zur Verfügung gestellt worden, die den Werdegang von der Brauntoble bis zur Kerze veranschaulichte. An der Hand eines Buches von Dr. Scheffauer (Die Brauntoblerprodukte und das Delgas, bei Jänecke, Hannover, 2/10 Mark) schloß die Vortragsreihe die Gewinnung der Brauntoble und ihre mannigfache Verwendung. Hierauf wurde die trockene Destillation in Parallelen zur Leuchtgasbereitung und zur Raffination des Petroleums näher erläutert. Der erste derartige Vortrag führt bei der Brauntoble den Namen Schuppen und erfolgt in Teerwerkereien. Man gewinnt Teer, Schwefel und Grudekoks. An der Hand einer Skizze wurden der Schmelzen und die in ihm stattfindenden Vorgänge beschrieben. Hieran schloß sich eine Betrachtung der Destillationsapparate, -vorgänge und -produkte des Teers sowie der Nebenprodukte: Naphthalen, Kreosolnatrium, Schwefel und Leuchtgas. Besonders auf die allmähliche Einengung der mehrfachen Destillation wurde möglichst vollkommener Paraffinabreube sowie deren Kristallisation und Verwendung wurde näher eingegangen. Im Anschluß daran erfolgte die kurze Schilderung der Delgasbereitung und der Verwendung dieses Gases zur Eisenblechherstellung nach Pintsch-Berlin. Den Schluß bildeten zusammenfassende Betrachtungen über den Stand der kochschmelzenden Brauntoblerindustrie, ihre Zukunft und Bedeutung für unsere engere Heimat.

Da sich das Referat lange ausdehnte, wurde die Debatte auf die nächste Sitzung verschoben.

Verein für Naturkunde. Am Sonnabend findet 8 1/2 Uhr abends in der Dresdener Bierhalle (Raulenberg) eine Versammlung statt. Tagesordnung: Kleinere Vorträge (Mitteilungsabend).

Stadttheater. An Stelle des erkrankten Herrn Kiehl ist der februarische Vertreter des Jedermann — Herr Alexander Wolff — vom Deutschen Theater in Berlin als Gast für die Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr angelegte Matinee von „Jedermann“ von Hugo von Hofmannsthal gewonnen worden. Schaulustpreise, Vorzugsstellen der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit.

Christlicher Verein Junger Männer. Am nächsten Sonntag, abends 9 Uhr, findet ein öffentlicher Teeabend für Damen und Herren statt. Herr Rektor Dr. Geißler wird einen Vortrag mit Regitationen halten über das Thema: „Bessere Geister“. Jedermann ist eingeladen. Der Zutritt ist frei.

Bibel- und Christenverein der Dörmgemeinde. Das Jahresfest des Bibel- und Christenvereins wird am Sonntag, 19. Jan., um 5 Uhr durch einen Festgottesdienst in der Dörmkirche stattfinden. Pastor Winterberg wird die Predigt halten, Georgjunge Knitwien und nach einer Ansprache von Prof. D. Bang 50 Kinder mit je einer Bibel beschenkt werden. Die Hauptversammlung am 8. Uhr im Dörmgemeindehaus, St. Klausstr. 12, wird bei freiem Eintritt und Bewirtung einen Lichtbildvortrag von Dompred. H. Baumann bringen: „Illustrationen zur heiligen Schrift. Lichtbilder aus dem heiligen Lande nach eigener Aufnahme.“

Jugendverein der Dörmgemeinde. Am Sonntag, den 26. ds., gebietet der Dörmgemeinderat einen patriotischen Feiertag zur Verehrung des Kaiser-Geburtstages in dem Dörmgemeindehause, St. Klausstr. 12, zu halten, worauf schon jetzt hingewiesen wird.

## Theater und Musik.

### Bühnenchronik.

„Jola“, ein Drama in drei Akten von Dostojewski, ist schon bei dem Theater-Verlag Eduard Bloch als Buch erschienen und gelangt durch den Verlag zur Verbenbung an die Bühnen.

Das Festspiel, das im Berliner königlichen Opernhaus zum Geburtstage des Kaisers vorbereitet wird, ist von Josef Kuff und beisteht sich „Kerzberg“. Es ist eine Verherrlichung des kaiserlichen Bestes auf Korfu.

Das Hoftheater von Stuttgart brachte das fünftägige Drama „Andreas Hofer“ von Walter Lutz zur Aufführung. Das Werk ist eine in Akte und Szenen gegliederte Darstellung der geschichtlichen Ereignisse, deren Mittelpunkt der Tiroler Held bildet. Die Vorgänge des Stückes bestehen in der schlichten, niemals pathetischen Sprache und in der wirklich volkstümlichen Schilderung des Tiroler Volksaufstandes, die Schwäche liegt in jedem Verzicht auf Vertiefung der Charaktere und im Mangel wirklich dramatischer Handlung. Einzelne wirksame Szenen und die ausgezeichnete Darstellung desselben dem Drama zu freundlichem Erfolge.

Graf v. Rosen, der Dichter des „Jen Uff“, hat sich mit seinem jüngsten dichterischen Werke als das Gebiet der Dramatik behauptet und ein Schauspiel verfaßt, mit dem Titel „Sente Gröhen“. Der Dichter nennt sein erstes Bühnenwerk einfach „ein Stück“. Die Handlung spielt im Herbst 1910 in einer kleinen Stadt an der Schwäbischen Nordsee, die am dritten Tag vor dem Heimatsfest bis zum Festmorgen. Die Aufführung findet am 18. Januar am Hamburger Talya-Theater mit Bogensart und Centa Brö in den Hauptrollen statt.

Von den beiden bei Ernst Knochwitz-Verlag in Buchform erschienenen drei Einakten Herbert Eilenbergs: „Die Welt mit betrogen werden“, „Die Geismüter“ und „Die Wunderbar“ (zuerst in der Weltanschauungsbeilage der „Wol. Ztg.“ abgedruckt), wird der letzte am 6. Februar seine Aufführung in Leipzig erleben. Es ist dem Arbeitsausgange der diesjährigen Künstlerreboute in Leipzig, die von dem Schauspielhaus und der Ortsgruppe des Reichsverbandes der deutschen Presse veranstaltet wird, gelungen, dies reizende Werk dem Dichter als Festauführung zu bekommen, während die beiden anderen Einakten dann am 22. Februar ihre Premiere im Leipziger Schauspielhaus erleben, dessen erste Kräfte auch bei der Reboute mitwirken werden. Es besteht die Hoffnung, daß Eilenberg am 6. Februar in Leipzig anwesend ist und den der Auftragsgeber der drei Einakten vortragenden Prolog selbst spricht.



# Der Wahlkampf in Frankreich.

Paris, 16. Januar.

Der Kampf zwischen Poincaré und Rams, diesen beiden meistbegünstigten Kandidaten, wird äußerst hart sein und nur es scheint schon in den verschiedenen Beratungen und in den Verhandlungen des Senats, wo die Proben stattfanden. Combes und Clemenceau boten alle Kräfte auf, um eine Mehrheit für Rams im zweiten oder dritten Wahlgange durchzusetzen, und Poincaré's Chancen zu vermindern. Es wird erwartet, daß Senator Rams hinter den Rücken sehr eifrig für seine eigene Wahl tätig gewesen sei, einsehend nicht ohne Erfolg, während nicht das gleiche von Poincaré gesagt werden kann, der seine im Innern wie in den auswärtigen Angelegenheiten getriebene Politik für sich sprechen läßt. Vollkommen in den Schatten gestellt scheint Ribot zu sein, der anscheinend unter dem Zwischenfalle von Rams de Clem mehr zu leiden gehabt hat als Poincaré, gegen den sich die Intrige im Grunde zuerst richtete. Man hat sich erinnert, daß er zur Zeit der Dreihundert ebenfalls Ministerpräsident war und sich damals bemüht hatte, die Wähler zu erziehen. Beachtenswert ist noch, daß Clemenceau schließlich spontan erklärte, er wolle alle seine persönlichen Zwischigkeiten mit Delcassé vergessen, wenn es das Wohl der Demokratie gelte. Sollte es aber im letzten Augenblicke in Versailles an einem ausgesprochen radikalen Kandidaten fehlen, so schlage er Delcassé als solchen vor und verpflichte sich, für ihn einzutreten.

Das Pamphlet, das gestern in den Wandelgängen des Senats an die Wähler verteilt wurde, war auf dem Papier der Kammer gedruckt und die Kuverts trugen den Stempel der Senatskanzlei. In der Schlußschrift wird erklärt, Poincaré wolle sich durch ein Verbot zu einem Diktator machen und Rams seinerseits habe einen Teil der Wähler bestochen. Es ist eine Unterlegung eingeleitet, um zu erfahren, wie diese Schlußschrift auf dem offiziellen Papier gedruckt und in den Senat hineingeschleubert worden konnte.

Über den weiteren Verlauf der Wahlkampagne, die sich diesmal in ungemein leidenschaftlichen Formen vollzieht, wird uns noch telegraphisch mitgeteilt.

W. Paris, 16. Jan. Die Vollversammlung der Republikaner trat heute abends zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. Am letzten Wahlgang wurden von 748 Anwesenden 646 Stimmen abgegeben, so daß die Majorität 324 betrug. Es erhielten Rams 323, Poincaré 308, Ribot 11, Delcassé 2 und Deschanel 1 Stimme.

# Gerichtsverhandlungen.

SS Leipzig, 16. Jan. (Telegr.) In dem heute vor dem Reichsgericht verhandelten Spionageprozeß wurde nachmittags 4 Uhr das Urteil gefällt. Der angeklagte 17 Jahre alte Kaufmann Willk Borg a. u. B. in Leipzig wurde wegen verrätherischen Vortrages von Geheimnissen in vier Jahren Gefängnis verurteilt, wobei ihm vier Monate als durch die Untersuchungsvericht verbißt angerechnet werden. Es wurde als erwiesen erachtet, daß der Angeklagte den Versuch gemacht hat, Pläne von Straßburg und anderen Befehlsgewerksamen an französische Nachrichtenbureau gelangen zu lassen.

## Verurteilter Landesverrat.

Danzig, 16. Jan. Hier wurde der noch jugendliche Kontist Paul Neumann und in Graudenz der Soldat Heine vom 4. Jägerregiment zu Pferde verurteilt. Beide sind befreundet und haben gemeinsam einen Landesverrat verurteilt, der noch im letzten Augenblicke dazwischen kam. Heine unterwies das Schloß eines Karabiners und übergab es seinem Freunde Neumann, der sich mit der französischen Botschaft in Berlin in Verbindung setzte und den Gesandten zum Kauf anbot. Hinter den Rücken des Befehlshabers Berlin und Danzig entpant, kam die Berliner Kriminalpolizei. Neumann ließ sich seine Briefe nicht nach seiner Wohnung kommen, sondern empfing sie postlagernd. Bei einer darauf folgenden Abholung ist er dann festgenommen worden. Zwei Tage später wurde auch sein Freund, der Jäger zu Pferde Heine, hinter Schloß und Riegel gebracht. Die Unterlegung gegen Neumann führt das Reichsgericht, die Unterlegung gegen Heine das oberste Militärgericht.

# Provincial-Nachrichten.

G. Köpzig, 16. Jan. (Eisverhältnisse.) Der Eisgang auf der Saale ist bereits so stark, daß gestern der heftige Jahrbetrieb eingestellt werden mußte. Dagegen zeigt die einige Meter flussaufwärts mündende Weiße Elster noch nicht die geringste Spur von Grundeis, sicut die Folge der ungeheuren Verunreinigung des Flusses mit Säuren, Ölen und anderen giftigen Abfallprodukten.

n. Weipolitz, 16. Jan. (Zubiliaum. — Betriebsunfall.) Im benachbarten Wartwerden konnte heute Pastor Richter auf eine Zwangsige Wirksamkeit in der Kirchengemeinde zurückzuführen. Aus diesem Grunde eehrte die hiesige Gemeinde sowie das angegliederte Döblich den Zubilar durch Begrüßung und sinnige Geschenke. — In der Papierfabrik plachte gestern abend ein Heißwasserrohr, wobei zwei Arbeiter durch den austretenden Dampf sowie durch heiße Asche so verbrüht wurden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. — Sommerkranke Rolle hat für die Unterlegungsfälle seiner Angestellten und Arbeiter weitere 10 000 Mark gestiftet.

Meiten, 15. Jan. (Sanitäre Maßnahmen.) Der Regierungspräsident hat in einem Schreiben an den Magistrat mitgeteilt, daß die von der Regierung nach Meiten gesandten Kommissare in sanitärer Beziehung Zufriedene gefunden hätten, die unbedingt abgestellt werden müßten. Die Straßenkanalisation sei das geeignetste Mittel und er empfiehe dringend, diese einzuführen. Im Weiteren müßten die Abwässerungen geregelt werden. Die Stadtratordnungen nahmen in ihrer jüngsten Sitzung von dieser Verfügung Kenntnis, lehnten aber für jetzt die Ausführung der Kanalisation ab, da die Zustände nicht derart seien, daß die Straßen kanalisiert werden müßten.

Erfurt, 15. Jan. (Einbruchsdiebstahl.) Am heftigsten Tage wurde gestern in einem Hause an der Hohensoltaustraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Der Spitzbube öffnete die Türen mit Nachschlüssel, schloß sämtliche Beschläge auf und wühlte alles durcheinander. Er erbrach verschiedene Schmuckstücke und eine Sparkasse, und entwendete u. a. Herren- und Damenuhren, Broschen, Fingerringe und andere Schmuckstücke im Gesamtwerte von ungefähr 1000 Mark. Ferner fielen dem Einbrecher ungefähr 300 Mark

bares Geld und ein Sparfassenbuch über 1200 Mark in die Hände, wovon er scheinbar 320 Mark abhob. Als der Verlust gemeldet wurde, wurde das Sparfassenbuch gesperrt.

Erfurt, 15. Jan. (15 000 Mark verloren.) Auf der Fahrt von Neudietendorf nach Erfurt kamen gestern vormittag gegen 9 Uhr einem aus Neudietendorf kommenden und in Gotha wohnhaften Rentmann 15 000 Mark abhanden. Das Geld hatte er in 12 Tausendmarktscheinen und 30 Hundertmarknoten in einer braunen Ledertasche aufbewahrt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es auf dem Wege vom Erfurter Bahnhof nach dem Anger, wo der Mann den Verlust der Tasche bemerkte, abhanden kam. Auf dem Neudietendorfer Bahnhof hatte er die gefüllte Ledertasche noch bei sich.

Weimar, 15. Jan. (Dem Landtag) wird in seiner kommenden Tagung auch eine Vorlage wegen Neubaus eines Gerichtsgebäudes in Weimar gehen. Die Bausumme ist auf 1 130 000 Mark veranschlagt. Der Landtag soll, wie die Weimarerische Landeszeitung „Deutschland“ meldet, zunächst die Genehmigung der ersten Rate in Höhe von 200 000 Mark erzuken. Eine andere Vorlage betrifft den Anbau an das Goethe-Haus und die Einrichtung einer Zentralheizung und einer Beleuchtungsanlage im Goethe-Haus mit einem Kostenaufwand von insgesamt 114 000 Mark.

k. Camburg a. S., 16. Jan. (Jugenddeutschland.) Die erst vor einem Jahre von dem Lehrer E. Turr gegründete Ortsgruppe des Jugenddeutschlandbundes hat sich sehr erfreulich entwickelt, wie aus dem in der letzten Versammlung ermittelten Jahresbericht hervorgeht. Es wurde beschlossen, der Gründung eines Jugendheims näher zu treten. Die vom Landesverband angelegte Umformierung der jungen Mannschaften auf eine einheitliche Uffsicherung der Ortsgruppe ist jetzt Vektor Fall.

Neudorf am Rennsteig, 15. Jan. (Rechtfliegerei.) Hat sich jüngst eine Anzahl Burken während des Gottesdienles benommen. Sie hatten eine Flasche Schnaps in die Kirche mitgebracht und daraus getrunken. Ferner haben die Burken fast gesprochen und geschrien, so daß der Geistliche verschiedene Male die Predigt unterbrechen mußte; als der Standal beim Ende neigen wollte, brach der Pfarrer die Predigt ab. Es soll auch während des Gottesdienles getanzt worden sein.

Greiz (Vogelzug), 15. Jan. (Zuer.) In der vergangenen Nacht entband in Waltersdorf b. Neumühle in dem Gute des Gutsverwalters Meißner ein Schandener, welches so schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit auch die beiden angrenzenden Güter von Lein und Jung eingeeigert wurden. Der durch Verwilderung gedachte Schaden ist groß. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Röthen, 16. Jan. (Der Dank des Vorführvereins.) Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder des Vorführvereins trafen dem Bürgermeistern, den Stadträten sowie allen bei der Hilfsaktion in hervorragendem Maße beteiligten Stadtverordneten einen offiziellen Besuch ab, um im Namen des Vereines ihren Dank für die geleistete Hilfe und Arbeit zum Ausdruck zu bringen.

Dessau, 15. Jan. (Automobilunfall.) Auf der Straße von Kleben nach Postlau ereignete sich ein Automobilunfall. An der scharfen Kurve am Wege nach Postlau fuhr das im laufenden Tempo fahrende, mit sechs Personen besetzte Automobil um. Alle Insassen kamen mit dem Auto, das total zertrümmert wurde. Eine Dame, Fr. Wolbruns aus Hamburg, erlitt schwere Verletzungen und wurde nach Dessau transportiert, die anderen Reisenden, sämtlich Berliner, blieben unverletzt.

Bad Hainburg, 16. Jan. (Wohnungen) nach neuen Quellen werden hier dieser Tage beginnen. Als Stelle für die Wohnungen hat Professor Pappus-Wiesbaden die obere Baderstraße bestimmt. Vor einigen Tagen wurde bekanntlich neben der alten Solquelle die Herpog-Johann-Albrecht-Quelle neu erschloß.

Kaisl, 16. Jan. (Ein Bruder Eubens verhaftet worden.) Der Gefängnis hat einen Bruder des hiesigen Eubens zu sein und an der Ermordung des Fürstlichen Romanus der Jude teilgenommen zu haben. Auf die Ergreifung Eubens oder eines seiner Brüder war seinerzeit eine Belohnung von 4000 Mark ausgesetzt worden.

# Vermischtes.

Efen als Sammelmissionen. Nachdem der Gemeinderat von Weibach die Eingemündung in Efen beschlossen hat, heißt die Eingemündung Vorhaben unmittelbar bevor. Efen erhält dadurch einen Bevölkerungszuwachs von 73 000 Seelen und einen Weibezugszuwachs von 8500 Hektar und dazu den wichtigen Zugang zum Rhein-Herne-Kanal. Nach Beendigung der Eingemündungsverhandlungen werden die Verhandlungen mit Alteneffen und Bredeneuf aufgenommen werden, nach deren Abschluß Efen eine Bevölkerungszahl von über einer halben Million erhalten dürfte. Efen würde dann Düsseldorf überflügeln und Köln in seiner Einwohnerzahl fast erreicht haben.

Die Briemarle als Verräter. „Mag ein Mensch schon etwas auf dem Kerchholze haben, aber mag er noch als ehrenwerter Bürger durchs Dafein wandeln, auf alle Fälle sollte er seine Marken nicht in einer einzeln-individuellen Weise auf seine Bräse kleben.“ Das ist der Rat, den ein alter Direktio in einer englischen Wochenchrift erteilt, und dann erzählt er ein Händchen, worin er nachweist, daß er durch eine „individuell“ aufgeklebte Briemarle auf die Spur eines Verbrechens gekommen sei. Ihm war bekannt, daß ein langgeschulter, „schwerer“ Junge die Marken stets in einer seltsamen Weise auf seine Briefe zu kleben pflegte, und zwar so, daß oben in der rechten Ecke ein kleines Dreieck gebildet wurde. Zufällig war er nun eines Tages auf einem Postamt anwesend; er sah zu, wie die Briefe fortgeführt wurden, und wer begreift sein Erstaunen, als sein Auge plötzlich auf einen Brief fällt, auf den die Marke in der oben beschriebenen Weise geklebt war. Kein Zweifel, der Absender konnte nur der langgeschulter Verbrecher sein! Und an der Hand des Briefes gelang es dem Kriminalisten, seinen Aufenthalt auszuforschen und ihn dingfest zu machen.

Ein Kampf gegen die Harems-Kausereien. Die Frauen der Vereinigten Staaten freuten der Initiative des Harems-Kausens in solchem Maße, daß in vielen Staaten die öffentliche Meinung sich energig dagegen wendet, was seinen Ausdruck in der Bildung von Vereinen zur Bekämpfung des Harems-Kausens der Frauen findet. In Washington trafen die Frauen am meisten, bezogen sich die Gegner der Harems-Kausens dort am tätigen bei der Arbeit. Sie werden demnach die Bekämpfung des Landes einen Gegenstand vorlegen, der ziemlich dramatisch zu nennen ist: Der einer Frau oder einem Mädchen Tabak in irgend welcher Form verabfolgt, so heißt es in diesem Gesetzesvorsatz, soll zu einer Strafe von 200 Mark verurteilt werden; ferner soll den Frauen das Rauchen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, sowie in Privatrubriken verboten werden. Die Kausereien selbst und die nicht-rauchenden Gegner

der „Kausereiengegner“ meinen nun, augenblicklich mit Recht, wenn das Harems-Kausen wegen seiner Schädlichkeit mit dem Verbot auf die Frauen zu beschränken; vielmehr müßten Frauen und Männer dann in gleicher Weise bestraft werden. In London hat bereits die Polizei den Frauen das Rauchen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

Das Verlebensband der Königinwitwe Margherita. Italienische Blätter wissen eine reizende Geschichte vom Dote der Königinwitwe Margherita zu berichten, die sich beim Neujahrsempfang zugetragen haben soll. In dem Salons des königlichen Palastes drängte sich eine große Schar, die der Königinwitwe die Glückwünsche zum neuen Jahre darbringen wollte. Welch Anglüd, das mitten während des Empfanges die Schür der kostbaren Verlebensbandes, das die Königinwitwe um den Hals trug, brach und die kostbaren „Rügelchen“ funturbunt durcheinander in den Saal hinein rollten! Alsbal begann eine tolle Jagd nach den kleinen Ausreißern, und trotzdem die Königinwitwe bat, daß niemand sich bemühen möchte, schloß sich keiner von der Schar aus. In zwei Minuten waren alle Verlebensbander gefunden und die Kinder überließen sie der Königin. Doch diese hat sie lächelnd, die Verlebens auf ein Geschenk zur Erinnerung an diesen Neujahrsempfang entgegenzunehmen.

# Letzte Depeschen.

## Aus dem Reichstage.

W. Berlin, 16. Jan. (Telegr.) Dem Reichstage ist folgende kurze Anfrage des Abg. Kühle (Soz.) zugegangen: „Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, weshalb die Gegenseite der am 15. November 1904 im Deutschen Reichesgesetz vom 1. Dezember im Haus, die Wohnungskriegs- und deren Nebenbetriebe bisher — mit Ausnahme von Bayern — noch nicht veräußert worden sind? Geben der Herr Reichsanwalt die alsbaldige Veröffentlichung zu veranlassen?“

## Die erste Fahrt.

W. Friedrichshafen, 16. Jan. Heute nachmittag 3 Uhr 50 Min. ist das neue Luftschiff „Graf 3, 1“ unter Führung des Grafen Zeppelin, mit der Abnahmecommission an Bord, zu seiner ersten Probefahrt aufgefliegen. Um 4 Uhr 40 Min. erfolgte glatte Landung.

## Die Friedenskonferenz.

W. London, 16. Jan. Wie das Neutembureau erfährt, hat Dr. Danew Instruktionen von Sofia erhalten und wird infolgedessen die Verhandlungen mit dem rumänischen Minister Jonecu heute nachmittag wieder aufnehmen.

W. Sofia, 16. Jan. (Wiener L. Tel.-Korr.-B.) Die rumänischen Anträge sollen nach letzten Nachrichten infomeren günstiger lauten, als der Konflikt an Schärfe verloren hat und in eine zügigere Phase eingetreten ist, womit gewisse Hoffnungen auf eine glückliche Beilegung gegeben sind.

## Vermischte Drahtnachrichten.

1. Berlin, 16. Jan. Ein bei einem Arzt in der Bülowstraße befindliches Dienstmädchen wurde heute morgen von einem Manne, der sich als Telegraphenarbeiter ausgegeben hatte, überfallen und leicht verletzt. Der Täter, der dem Mädchen Pfeffer in die Augen streute, entkam unerkannt und ließ eine bereits geraubte Kassetten, die 60 Mark enthielt, zurück.

2. Darmstadt, 16. Jan. (Privat-Telegr.) Auf dem Quisenplan geriet heute vormittag ein Wagen der hiesigen Feuerwehrt bei einer Kurve ins Gleiten; eine Achse brach und der Wagen fuhr um. Von vier Feuerwehrleuten, die unter dem Wagen lagen, wurden zwei schwer verletzt.

3. Asten (Weiß), 16. Jan. (Privat-Telegr.) Heute morgen 5 1/2 Uhr fuhr auf der hiesigen Station eine Kanoniermaschine auf einen Gefährer auf. Drei Wagen, darunter der Postwagen, wurden zerstört und die Maschine beschädigt. Personen sind nicht verletzt. Der Verbleib ist nicht geklärt, da der Unfall sich auf einem Nebengleis ereignete.

4. Riga, 16. Jan. Der russische Kriegsminister Suchomnow ist heute vormittag von hier abgegangen und kehrt über Berlin nach Petersburg zurück.

5. Petersburg, 16. Jan. Auf der Kohlengrube Paris des Bergwerkes in Dombrowa riß ein Hefeseil, wobei zwei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt wurden.

# Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Tannenau, Donnerstag, 16. Januar, 8 Uhr morgens.

## Witterungsbericht für den 17. Januar:

Das kontinentale (Kälte) Hoch hat sich etwas nach Osten zurückgezogen, ist in Mitteleuropa aber noch in Geltung geblieben, der Einfluß der atlantischen Depression reicht nur bis Westdeutschland. Aenderung für morgen nicht wahrscheinlich.

## Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Vorwiegend Süd- bis Südwestwind, teilweise heiter, trocken, mäßiger Frost.

## Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

18. Januar: Frost, Niederschlag, bedeckt, trübe.  
19. Januar: Kalt, windig, bedeckt, trübe.  
20. Januar: Frost, windig, bedeckt, teils heiter.  
21. Januar: Um Sturm herum, bewölkt, teils heiter.  
22. Januar: Wind erlosch, wollos mit Sonnenschein

Redaktionsleitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politisch-inhaltlichen Teil: Wilhelm Georg für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Fehstanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Barz; für den Interenten: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.